

Sind die Reichen an der Armut schuld?

Die Juso-Volksinitiative zur Erbschaftssteuer lässt eine alte Streitfrage neu aufleben

HANSUELI SCHÖCHLI

Ohne Milliardäre und Multimillionäre würde es den übrigen Bewohnern der Schweiz besser gehen. Das suggerieren die Urheber der Volksinitiative, die eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögensteilen über 50 Millionen Franken fordert. Dahinter scheint eine diffuse Vorstellung des Wohlstands als Nullsummenspiel zu stehen. Frei interpretiert: Es gibt ein gegebenes Wohlstandsvolumen, es geht nur um dessen Verteilung, und die Reichen sind nur deshalb so reich, weil sie den Armen die Butter vom Brot nehmen.

Im wirklichen Leben ist der Wohlstand alles andere als fix, wie die Wirtschaftsgeschichte der letzten 50 und auch 150 Jahre zeigt. Bildung, Arbeit, Investitionen und Innovationen zählen zu den zentralen Wohlstandstreibern. Die globale Wirtschaftsleistung pro Kopf hat sich seit 1950 teuerungsbereinigt mehr als vervierfacht. Die Reichen wurden viel reicher, doch auch der Mittelstand und die Armen profitierten. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Weltbevölkerung, der unterhalb der Grenze zur extremen Armut nach Weltbank-Definition lebte, von 60 auf 10 Prozent. Der grösste Teil dieser Reduktion ist laut der Weltbank nicht Umverteilungen zu verdanken, sondern dem Wirtschaftswachstum.

Unklarer Zusammenhang

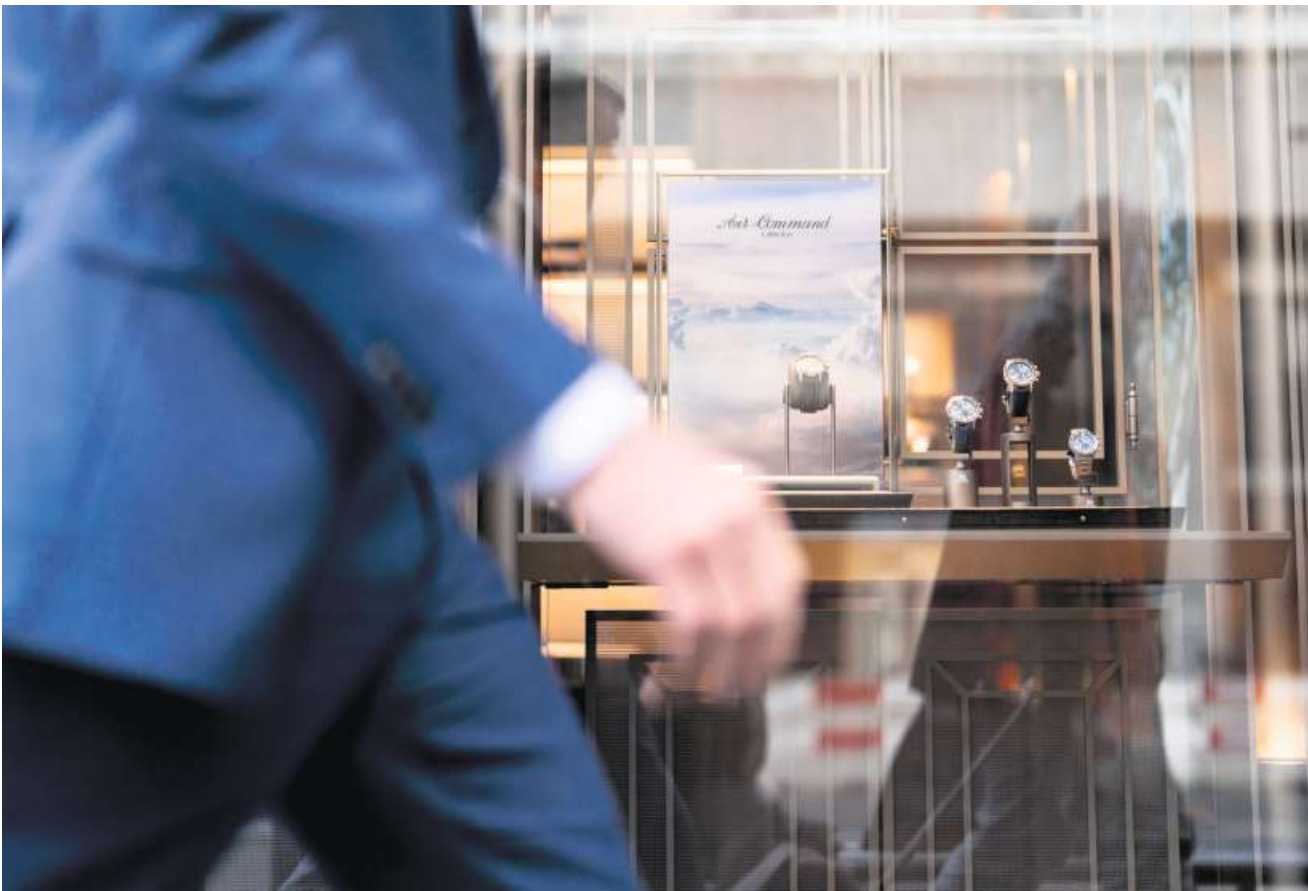
Ein Paradebeispiel lieferte China. Die 1978 unter Deng lancierte wirtschaftliche Öffnung produzierte viele Milliardäre und Multimilliardäre. Dies führte über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten zu einem starken Anstieg der Ungleichheit, doch gleichzeitig fiel die

Erbschaftssteuerinitiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 30. November 2025

Quote der extremen Armut von über 90 Prozent auf etwa 20 Prozent im Jahre 2010 und gegen null heute.

Auch in der Schweiz ist der Wohlstand oben, unten und in der Mitte gestiegen. Würden morgen die 100 Reichsten das Land verlassen, säne die Ungleichheit, doch die verbliebenen Einwohner würden nicht reicher, sondern ärmer – weil mit den wegziehenden Reichen auch deren Steuern, Investitionen und Konsumausgaben abwanderten. Und spiegelbildlich: Ein Zuzug von 100 Milliardären in die Schweiz würde die Ungleichheit steigern, aber auch zusätzliche Steuern und Wirtschaftsaktivitäten bringen, von denen die Normalbürger profitierten.



Die Reichen nehmen dem breiten Publikum in der Schweiz nicht die Butter vom Brot.

TIL BUERGY / KEYSTONE

Das heisst nicht, dass mehr Ungleichheit aus wirtschaftlicher Sicht per se wünschenswert wäre. Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftsentwicklung ist seit Jahrzehnten Gegenstand einer breiten internationalen Forschungsliteratur. Theoretisch gibt es Argumente in beide Richtungen. Eine hohe Ungleichheit kann schlecht sein für die Entwicklung, vor allem wenn diese Ungleichheit das Produkt einer breiten absoluten Armut darstellt. Dies kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, politische Instabilität fördern und den Weg aus der Armut erschweren. Eine weitere Gefahr starker Ungleichheit ist die Monopolisierung der Politik durch die Reichsten, mit der Förderung von Korruption und Vetternwirtschaft anstelle von Institutionen, die einen fairen Wettbewerb und einen breiten Zugang zu Bildung und politischer Mitsprache ermöglichen.

Auf der positiven Seite kann Ungleichheit starke Anreize für Bildung, Arbeit und Investitionen schaffen. Und die typischerweise hohen Sparquoten der Reichen können Investitionen befördern.

Der Saldo ist unklar. Antworten kann deshalb nur die Forschung zu den praktischen Erfahrungen liefern. Doch das Bild der internationalen Forschungslite-

ratur dazu ist uneinheitlich. So spiegelte zum Beispiel 2015 eine Überblicksarbeit der OECD über den Forschungsstand Studienergebnisse in beide Richtungen mit keiner klaren Tendenz. Die OECD ist ein Klub von knapp vierzig relativ reichen Ländern. Eigene Schätzversuche der OECD deuteten derweil darauf, dass eine höhere Ungleichheit in der Tendenz das Wirtschaftswachstum bremst. Einen weiteren Überblick über den Forschungsstand publizierten zwei Wissenschaftler der Universität St. Gallen 2022. Die Kernbotschaft ähnelt jener des OECD-Überblicks: Es gebe keinen klaren Konsens, die Forschungsliteratur finde positive ebenso wie negative Effekte der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum.

Mittlere Ungleichheit gesucht

Zu den möglichen Erklärungen der Uneinigkeit zählen Differenzen in den Schätzmethode, Unterschiede in der politischen Haltung von Studienautoren (man findet, was man finden will) sowie die Mutmassung, dass der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum je nach Grad der Ungleichheit positiv oder auch negativ sein kann. «Ein mittleres Niveau der Ungleichheit maximiert wahrscheinlich

das Wachstum», schreiben die erwähnten St. Galler Ökonomen am Ende ihres Forschungsüberblicks.

Theoretisch ist dies gut nachvollziehbar: Totale Gleichheit dämpft Bildungs-, Arbeits- und Leistungsanreize massiv, während extreme Ungleichheit das durchschnittliche Bildungsniveau und die politische Stabilität niedrig halten dürfte. Beide Szenarien bremsen die Wirtschaftsentwicklung.

Doch wo liegt das Optimum? Das kann niemand genau sagen. Die optimale Ungleichheit dürfte auch nicht in jedem Land die gleiche sein, weil dies unter anderem von den Einstellungen der Bürger und der Qualität der Institutionen im Land abhängt. Tendenz: Je stärker die Institutionen namentlich einen breiten Zugang zu Bildung, fairen Wettbewerb und demokratische Mitspracherechte ermöglichen, und je grösser die Ungleichheitstoleranz der Bevölkerung ist, desto höher kann die Ungleichheit sein, ohne dass sie per saldo Schaden anrichtet.

Nahe beim Optimum?

Einzelne Forscher haben versucht, die Grössenordnung der optimalen Ungleichheit zu schätzen. Als gängiges Kriterium dient der sogenannte Gini-

Koeffizient der verfügbaren Einkommen. Der Gini ist ein Ungleichheitsmass; es reicht von 0 (alle haben gleich viel) bis 1 (einer hat alles). Eine Forschungsarbeit aus dem Jahr 2018 aus Bangladesh schätzte die optimale Einkommensungleichheit auf einen Gini von 0,38. Dies auf der Basis von Daten von 25 reichen und mittelreichen Ländern über fünf Jahrzehnte. 2022 schätzte der Chefökonom eines deutschen Vermögensverwalters in einer Analyse von 44 Ländern die optimale Einkommensungleichheit auf etwa 0,30.

Das ist eine gute Nachricht. Denn 0,3 entspricht laut den Bundesstatistikern genau dem aktuellsten Gini-Index der Schweiz gemessen an den verfügbaren Haushaltseinkommen 2021 (bereinigt um Differenzen in der Haushaltsgrösse). Steuern und Transferzahlungen senken den Gini-Index in der Schweiz um einen Drittel (von 0,45 auf 0,3). Doch Schätzungen zum optimalen Gini sind wegen methodischer Probleme mit grosser Vorsicht zu geniessen; sie geben nur Hinweise auf eine mögliche Grössenordnung.

Ein Gini von 0,3 deutet auf eine moderate Ungleichheit, wie sie in Westeuropa gängig ist. 0,2 gilt als tiefe Ungleichheit, 0,4 dagegen als hoch. Der Gini der meisten OECD-Länder steht zwischen 0,25 und 0,35. Höher liegen zum Beispiel die USA (0,4) und das Vereinigte Königreich (knapp 0,37).

Idyllische Schweiz

Deutlich ungleicher als die Einkommen sind die Vermögen verteilt. Die im laufenden Jahr publizierte statistische Analyse eines internationalen Forschungsduos zum Zusammenhang zwischen Vermögensungleichheit und Wirtschaftswachstum kommt auf unterschiedliche Befunde je nach Ländertyp. Vereinfacht gesagt: In den reichen Ländern hat die Vermögensungleichheit eher einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, in den ärmeren Ländern gilt eher das Gegenteil. Doch auch dies ist nicht das letzte Wort.

Klar scheint: In der Schweiz sind die Verhältnisse im internationalen Vergleich idyllisch. Die breite Bevölkerung hat einen guten Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen, der Mittelstand und die Ärmsten stehen finanziell besser da als ihre Pendants in den meisten anderen Ländern, und die politischen Mitspracherechte sind so gross wie nirgendwo sonst. Kurz: Die Reichen nehmen dem Rest der Bevölkerung nicht die Butter vom Brot. Doch ob man die schon jetzt ziemlich starke Umverteilung von oben nach unten noch verstärken will, bleibt letztlich eine Frage von politischen Empfindungen.

La possible fuite des hauts patrimoines inquiète les autorités britanniques

Taxation et héritage Alors que les Suisses voteront sur l'imposition des successions des plus riches, au Royaume-Uni une étude controversée annonçant l'exode de 142'000 millionnaires a mis le feu aux poudres. Explications.

Tristan de Bourbon Londres

Taxera ou taxera pas les très hauts patrimoines britanniques? Alors que la ministre travailliste de l'Économie et des Finances Rachel Reeves dévoilera le 26 novembre ses mesures pour combler le déficit budgétaire, son parti se déchire sur l'éventualité d'un impôt sur les ultrariches.

Ses opposants semblent l'avoir emporté après avoir ressorti un rapport dévastateur publié en juin. «Un nombre record de 142'000 millionnaires devraient déménager à l'étranger cette année, le Royaume-Uni devant connaître le plus important exode net de particuliers fortunés de tous les pays» depuis le début du suivi de ces mouvements il y a dix ans, avaient alors assuré dans un communiqué les consultants de Henley & Partners et les analystes de New World Wealth.

Dans la foulée, les gros titres avaient fusé dans les médias britanniques, en particulier ceux idéologiquement classés à droite. «Les riches fuient le Royaume-Uni en nombre record après la réforme fiscale des non-résidents», s'était inquiété «The Times». Quelques jours plus tôt, «The Telegraph», considéré comme la bible des électeurs conservateurs, s'était réjoui que Rachel Reeves «envisage des changements concernant les impôts sur les non-domiciliés pour arrêter leur exode». Les noms d'un ancien banquier de Goldman Sachs, de l'un des héritiers de la famille indienne Mittal et d'un investisseur égyptien avaient été cités en guise d'exemples concrets de cette fuite des riches.

Tradition de résidents étrangers exemptés

Historiquement, les autorités britanniques ont exempté les résidents étrangers de l'impôt sur leurs revenus étrangers dès l'introduction de l'impôt sur le revenu en 1799, à la condition que ces sommes ne soient pas rapatriées au Royaume-Uni. En 2008, suite à la crise financière, elles ont imposé une contribution de 31'600 à 63'200 francs



Le quartier financier de la «City» de Londres, le 21 octobre 2025. Près de 140'000 millionnaires pourraient quitter le pays en réaction à de nouvelles taxations, s'inquiète une étude. EPA/Tolga Akmen

à ces «non-domiciliés» (appelés «non-dom») en échange du maintien de cette exemption.

Mais en mars 2024, après des années de débat sur l'équité de ce statut, et notamment son utilisation par la richissime épouse indienne du premier ministre Rishi Sunak, le gouvernement conservateur a prévenu qu'il disparaîtrait en avril 2025, début de l'année fiscale 2025-2026.

Après leur élection en juillet 2024, les travaillistes ont dévoilé en catimini un autre changement en matière de taxation. Tout individu installé au Royaume-Uni pendant dix des vingt dernières années sera considéré à partir de la fin de l'année fiscale 2025-2026 comme «un résident à long terme». Il deviendra dès lors redevable de l'impôt sur la succession, dont le taux s'élève à 40% au-delà de 340'000 francs d'actifs ou 525'000 francs si elle intègre la résidence principale.

Un ancien résident britannique parti s'installer cet été sur le continent européen nous ex-

plique que «ce qui a fait tiquer de nombreux étrangers dans ma position, c'est la durée pendant laquelle nous étions susceptibles d'être concernés par cet impôt: trois ans après notre départ du Royaume-Uni pour ceux qui y ont résidé entre dix et treize ans, et jusqu'à dix ans pour ceux ayant vécu pendant plus de vingt ans dans le pays!»

«Cette histoire d'exode des millionnaires vise à faire peur et à détourner l'attention d'une solution dont on commence à parler: une taxe sur les ultrariches.»

Mark Bou Mansour
Membre de Tax Justice UK

Le gouvernement estime que la fin des «non-doms» et les nouvelles modalités de l'impôt sur la succession lui permettront d'empocher 13,4 milliards de francs d'ici à 2029.

Partiront ou partiront pas?

Pour «The Times» et «The Telegraph», opposés par principe à l'impôt sur la succession, ce fut la goutte de trop. S'appuyant sur un rapport du CEBR, un centre de réflexion proche du patronat, les deux quotidiens ont assuré que 25% des «non-doms» quitteront le pays d'ici à 2029 pour éviter les nouvelles mesures, ce qui «pourrait laisser un trou de 4 milliards de livres sterling (4,21 milliards de francs) dans les finances publiques».

La réalité paraît pour le moment moins extrême. À la fin 2024, il y avait encore 73'700 «non-doms» installés dans le pays, soit 400 de moins par rapport à un an plus tôt, selon les statistiques officielles du gouvernement diffusées mi-juillet. Malgré ce recul de 0,5%, la

contribution des «non-doms» en matière d'impôts et de taxes a légèrement augmenté à 9,5 milliards de francs. Par ailleurs, depuis le début de l'année 2025, les départs sont inférieurs aux prévisions du gouvernement, selon des informations du «Financial Times».

L'organisation Tax Justice UK, qui milite pour une taxe sur les plus hauts patrimoines, dénonce le flou de la méthode de calcul de l'étude initiale de Henley & Partners, à l'origine selon elle d'une «hystérie généralisée». «Elle nous paraît d'autant plus douteuse qu'elle va à l'encontre des enquêtes et analyses, quantitatives comme qualitatives, qui concluent que les très riches n'ont pas envie de déménager ou de tout abandonner dans le seul but d'échapper à l'impôt», nous explique Mark Bou Mansour, l'un de ses responsables. «Ils craignent même d'être stigmatisés en partant vivre dans un paradis fiscal.»

Paul Donovan, chef économiste de la branche de gestion de richesse d'UBS, a récemment reconnu que «la population de riches nomades», capables de se déplacer rapidement d'un pays à l'autre, est «peut-être plus petite que supposé». Elle concernerait surtout les ultrariches dont l'activité économique est à la fois internationale et réalisable depuis n'importe où. Des critères qui font aussi d'eux les plus affectés par les deux nouvelles mesures fiscales britanniques. Voudraient-ils pour autant changer de cadre de vie alors que leurs moyens financiers sont considérables? Pas forcément. Quant aux employés du monde de la finance londonienne au sens large (banquiers, avocats, comptables, etc.), salariés au Royaume-Uni, ils sont faiblement affectés par ces changements de taxation.

Pour Mark Bou Mansour, il ne fait aucun doute que «cette histoire d'exode des millionnaires vise à faire peur et à détourner l'attention d'une solution dont on commence à parler: une taxe sur les ultrariches». Même s'il paraît peu probable qu'elle verra le jour cette année au Royaume-Uni.

Chez les fortunés, la question de l'exode fiscal



Isabelle Chaperon

Si certains foyers très aisés, inquiets de la hausse de la fiscalité, y pensent, quitter la France n'est pas si simple

Et soudain, fiscalistes et notaires sont pris d'assaut. Leurs agendas se remplissent plus vite que celui d'un dentiste à la mode, à mesure que ponction sur les holdings patrimoniales, refonte du pacte Dutreil sur la transmission familiale des entreprises ou impôt sur la fortune improductive rythment les discussions sur le budget pour 2026. Tandis que la gauche réclame « *plus de justice fiscale* » et que la droite dénonce une « *folie* » susceptible de pénaliser la croissance économique, les riches particuliers visés font leurs comptes.

« Nous recevons beaucoup de sollicitations qui s'expliquent par la montée de l'inquiétude chez les dirigeants d'entreprise et chez les investisseurs pour qui les niveaux d'impôts évoqués deviennent insoutenables », relate Benjamin Lafaye, associé du cabinet d'avocats Cornet Vincent Segurel, à Lyon, qui prévient : « Certains ont commencé à s'organiser pour quitter la France au cas où ces projets fiscaux verraient le jour. »

« Les entrepreneurs ont envie de rester en France, mais le seuil de consentement à l'impôt est en passe d'être largement dépassé. Nous recevons des demandes pour simuler de manière très détaillée un départ à l'étranger et ce que cela implique pour la vie de la famille, la détention immobilière et autres. Ce sont des décisions lourdes qui prennent du temps », ajoute Pierre-Marie de Forville, cofondateur du *family office* Ivesta, qui aide des entrepreneurs à succès à gérer leur fortune.

En direction de la Suisse

Calculs à l'appui, les conseillers patrimoniaux démontrent qu'un prélèvement de 2 % sur les holdings de plus de 5 millions d'euros, conjugué à l'impôt sur les sociétés et à la taxation des dividendes, finit par effacer la majeure partie du revenu annuel moyen des plus fortunés. « La holding est l'outil de travail de l'entrepreneur pour gérer ses participations et actifs d'investissement ; il perçoit d'ailleurs une rémunération au titre de son mandat social de sa holding. Taxer toutes les holdings indifféremment plutôt que de traquer les usages abusifs est injuste, car les fraudeurs partiront et ceux qui restent jouer le jeu vont trinquer », souligne Pierre-Marie de Forville.

Si, à ce stade, la portée de la taxe sur les holdings a été limitée à l'Assemblée, l'inquiétude de leurs propriétaires n'est pas près de disparaître, alors que le déficit public conduit à un débat récurrent sur la taxation des plus riches. L'économiste Gabriel Zucman a d'ailleurs martelé, vendredi 31 octobre, au micro de « C à vous », sur France 5, que la dîme qu'il préconise sur les patrimoines supérieurs à 100 millions d'euros, écartée à ce stade par les députés, serait « *un enjeu majeur* » lors de l'élection présidentielle.

Depuis 1982 et l'instauration de l'impôt sur les grandes fortunes par François Mitterrand, la France a connu plusieurs vagues de départs d'héritiers de dynasties industrielles ou de dirigeants d'entreprise. En 1996, sous le

gouvernement Juppé, ou encore après l'élection en 2012 de François Hollande, qui professait, dès janvier 2007, dans une interview télévisée, *« je n'aime pas les riches »*, la modification de curseurs fiscaux-clés avait entraîné l'exil de nombreux gros contribuables. Notamment en direction de la Suisse, où une quarantaine de familles françaises, des Castel aux Lacoste, figurent dans le palmarès 2024 du magazine *Bilan* recensant les 300 plus grosses fortunes du pays.

Le ras-le-bol actuel est-il de nature à susciter un nouvel exode ? *« On en ressent les premières secousses, assure M. Lafaye. Sur dix dossiers étudiés depuis le début de l'année, deux à trois se sont concrétisés par des départs, dirigeants d'entreprise à la retraite ou jeunes entrepreneurs désireux de se lancer dans de nouveaux investissements à partir de Dubaï [aux Emirats arabes unis], par exemple. »*

Les avis diffèrent, en fait, selon la typologie de clientèle. *« Je suis en contact avec des familles industrielles, à la tête de patrimoines diversifiés. Je sens chez elles un profond découragement. A quoi bon continuer à prendre des risques si on leur prend le fruit de leur investissement ? se demandent-elles. Cette instabilité fiscale permanente aura des conséquences sur l'activité, souligne Roland Poirier, associé du cabinet d'avocats Lussan. Mais je ne vois pas, autour de moi, des gens désireux ou en situation de partir. Ce n'est pas parce que quelqu'un devient non-résident que la taxe sur leur holding en France cesse de s'appliquer ou que leurs héritiers vivant en France sont exemptés de l'impôt sur les successions. »* Il ne suffit pas, en effet, de passer 183 jours hors de France pour échapper au fisc français. *« Il ne faut plus détenir d'actifs physiques en France. Couper les liens, c'est un changement de vie, cela prend du temps et tout le monde n'en a pas envie »,* indique Nicolas Hubert, directeur général de la banque privée Milleis.

Ainsi, l'argent que les résidents français investissent dans des contrats d'assurance-vie au Luxembourg ou en Suisse ne signale pas, selon lui, une volonté d'exil fiscal : *« La loi Sapin 2 de 2016 ayant donné à l'Etat le pouvoir de geler les rachats dans les fonds d'assurance-vie en cas de crise, de nombreux contrats ont été ouverts au Luxembourg afin d'échapper à ce risque de blocage. Mais ces capitaux restent fiscalisés en France. »*

Une boîte aux lettres à Dubaï

Le paradoxe, finalement, c'est qu'il n'a jamais été aussi aisé de s'installer partout dans le monde, et en même temps si compliqué de quitter l'Hexagone. *« Le fisc français est beaucoup plus regardant que son homologue britannique »,* relate un bon connaisseur de la City, qui a souhaité rester anonyme. Alors que le Royaume-Uni a durci son régime fiscal jusque-là très favorable aux impatriés, ainsi que ses règles sur l'héritage, le pays connaît une multitude de départs. Du milliardaire égyptien Nassef Sawiris, relocalisé entre l'Italie et Abou Dhabi, au cofondateur de la fintech Revolut, Nik Storonsky, envolé aux Emirats arabes unis, les grandes fortunes internationales fuient le pays.

Or, le HM Revenue & Customs britannique se soucie peu de savoir si l'exilé réside à Malte ou à Andorre comme il l'affirme. Pas le fisc français. Pas question de se contenter d'une boîte aux lettres à Dubaï. Il faut vraiment déménager. Où ? Le Portugal a fermé le robinet de son régime fiscal destiné à attirer les riches étrangers. L'Italie, la destination à la mode pour les milliardaires, vient d'augmenter le tarif de son forfait, ce qui n'est pas un gage de stabilité. La Belgique n'est plus le havre qu'elle était. Et, les gestionnaires de fortune le répètent, il faut être très riche pour vivre en Suisse. Restent les Etats-Unis, la Grèce, le Maroc ou l'île Maurice. Si voter avec sa valise n'est pas simple, les plus motivés y arriveront.

Zweifel beim Stromabkommen

Der Vertrag mit der EU regelt nicht alle Kernfragen bis ins Detail – das lässt Raum für Kritik

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Aussicht auf ein Stromabkommen mit der EU galt in der Schweiz einst als gewichtiges Argument für die Weiterentwicklung des gesamten bilateralen Pakets. Das Stromabkommen versprach eine stärkere Integration in den EU-Markt und damit mehr Effizienz und eine grössere Versorgungssicherheit. Doch heute ist das ausgehandelte Stromabkommen innenpolitisch belastet, so dass es wohl separat an die Urne kommt.

Die Kritik kommt aus verschiedenen Richtungen. Schon lange bekannt ist die Fundamentalopposition der SVP gegen Annäherungen an die EU sowie der Widerstand der Gewerkschaften, die den Privathaushalten die neu vorgesehene Wahlfreiheit zwischen Grundversorgung und Marktangeboten nicht zumuten wollen. Bedeutende Zweifel haben zudem die Gebirgskantone und die Mitte-Partei angemeldet.

Jeder für sich selbst?

Selbst das gängige Hauptargument für das Stromabkommen, die Versorgungssicherheit, scheint manche nicht zu überzeugen. Eine Kernbefürchtung geht etwa wie folgt: In der Krise schaut jedes Land nur für sich selbst – so dass hehre Vertragszusicherungen nicht viel wert sind. Die Sprache im Vertragstext mag zu Zweifeln beitragen. Laut der deutschen Version des Artikels 9 im Vertrag «sollen» grenzüberschreitende Verbindungsleitungen auch in Stromversorgungskrisen offen bleiben. «Sollen» heisst nicht «müssen». In der französischen Fassung ist das Verb «devoir» verwendet, welches im juristischen Sprachgebrauch eher näher bei «müssen» als bei «sollen» liegt.

Das deutsche «sollen» spiegle «deutlich mehr als nur eine moralische Verpflichtung», sagt Andreas Müller, Professor für Europarecht und Völkerrecht an der Universität Basel: «Es geht hier um eine Bemühensverpflichtung, wie auch der französische Vertragstext zeigt.» Im Vertrag heisst es weiter, dass «unangemessene Einschränkungen von grenzüberschreitenden Stromflüssen» zu vermeiden seien. Zulässig wären so-

mit «angemessene» Einschränkungen. Was das heisst, wäre im Einzelfall auszulegen. Unter dem Strich liefern die genannten Vertragspassagen keine Garantien für das Verhalten der Vertragsparteien in künftigen Krisen. Doch Garantien gibt es auch ohne Stromabkommen keine. Müller sagt es so: «Politische Prognosen sind schwierig, aber mit dem Stromabkommen ist die Wahrscheinlichkeit deutlich grösser, dass die Schweiz in künftigen Krisen wie ein Mitglied des Klubs behandelt wird.»

Die Mitgliedschaft im europäischen Stromklub bietet der Schweiz laut den Befürwortern bedeutende Vorteile. Die grenzüberschreitenden Stromleitungen lassen sich weit effizienter nutzen, die Schweiz wird in die Kapazitätsberechnungen der EU-Länder einbezogen, und der Zugang zu europäischen Plattformen für Regelenergie zum Ausgleich von Schwankungen sowie zum Intraday-Stromhandel wird abgesichert.

Laut EU-Regeln müssen Mitgliedstaaten 70 Prozent ihrer grenzüberschreitenden Leitungskapazität für den Stromhandel im EU-Binnenmarkt bereitstellen. Das kann für Drittstaaten ohne Abkommen den Zugang erschweren. Die Schweizer Elektrizitätskommission unterstellt als Strommarktaufseherin in ihren Rechnungen für das Szenario eines Abkommens mit der EU eine Importkapazität von 8000 Megawatt; ohne Abkommen wären es laut den Abschätzungen nur 1800 bis 2800 Megawatt. Die Differenz entspricht vier- bis fünfmal der Leistung des Kernkraftwerks Leibstadt.

Die Schweiz könnte theoretisch ihre Versorgungssicherheit auch mit einem stärkeren Ausbau der Stromproduktion im Inland und mit einer Vervielfachung der Reserven erhöhen, doch das käme teurer als die bessere Nutzung der grenzüberschreitenden Handelskapazitäten und würde wohl auf grosse Widerstände im Inland stossen. Ein Schweizer Forschungskonsortium hat dieses Jahr geschätzt, dass bei einem Verzicht der Schweiz auf die Mitgliedschaft im europäischen Stromklub im Vergleich zur Klubteilnahme die Kosten der Stromversorgung um 8 Prozent und die Grosshandelspreise des Stroms um 24 Prozent höher sein könnten (mittlere Schätzungen).

Zurzeit hält die Schweiz dank technischen Vereinbarungen eine Art Teilmitgliedschaft im europäischen Stromklub, doch diese ist nicht langfristig gesichert.

Die Schweiz wäre mit einem Stromabkommen in der Festsetzung der Stromreserven weniger frei. Das kann laut Kritikern die Versorgungssicherheit senken. Gemäss Vertragstext kann die Schweiz «notwendige, verhältnismässige und nicht verzerrende Massnahmen» zur Sicherung der Stromversorgung ergreifen. Bei der Abschätzung der Angemessenheit der Reserven ist laut Vertragstext auf die Besonderheiten der Schweizer Umstände einzugehen. Doch theoretisch ist es möglich, dass die europäischen Strombehörden und die Schweiz unterschiedliche Ansichten über die Angemessenheit von Schweizer Stromreserven haben. Laut Befürwortern des Abkommens dürfte dies in der Praxis kaum ein grosses Problem werden, doch auch hier gibt es keine Garantien.

Albtraum der Kantone

Ein grosser Knackpunkt ist wie bei den anderen EU-Verträgen die Schweizer Verpflichtung zur Übernahme künftiger EU-Rechtsänderungen im relevanten Bereich. Der Albtraum mancher Kantone geht etwa wie folgt: Künftige EU-Rechtsänderungen verlangen öffentliche Ausschreibungen zur Konzessionsvergabe von Wasserkraftwerken, und deshalb fallen Kraftwerke in ausländische Hände.

Laut Artikel 11 des Stromabkommens steht das Abkommen öffentlichem Eigentum von Stromerzeugungsanlagen in «keiner Weise entgegen». Aber: «dies unter Vorbehalt des anwendbaren Elektrizitätsrechts» – womit laut Bundesangaben das EU-Recht gemeint ist. Künftige Rechtsänderungen in der EU könnten aus dieser Sicht den Grundsatz von Artikel 11 theoretisch infrage stellen – auch wenn dies heute politisch sehr unwahrscheinlich ist.

Zu berücksichtigen ist ein zentraler Grundsatz: Die Schweizer Verpflichtung zur Übernahme künftiger EU-Rechtsänderungen ist auf den Geltungsbereich des Abkommens beschränkt. Dieser ist

indes breit gefasst: Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Strom sowie Handel und Versorgung mit Strom.

Der Anhang zum Stromabkommen enthält die relevanten EU-Rechtsakte. Gemäss Bundesangaben sind die in der EU für die Wasserkraft und die Konzessionsvergabe relevanten Richtlinien (Konzessionsrichtlinie, Wasserrahmenrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie) nicht im Stromabkommen aufgeführt und gehören deshalb nicht zum Geltungsbereich. Und die aufgeführten EU-Rechtsakte hätten keine Bestimmungen zu Eigentumsrechten oder zum Wasserzins, womit diese Themen auch ausgeschlossen seien.

Anständig oder unanständig?

Die EU war indes nicht bereit, diese Lesart ausdrücklich zu bestätigen, wie das Bundesamt für Energie in einer Stellungnahme gegenüber der Mitte-Partei schrieb. In der aktuellen Form sei «für beide Verhandlungsparteien aber klar, dass die oben erwähnten Rechtsakte ausserhalb des Geltungsbereichs sind».

Skeptiker sagen dazu: Nur was ausdrücklich ausgeschlossen sei, sei wirklich ausgeschlossen. Der Europarechtler Andreas Müller sagt derweil, der Ausschluss der genannten Themen «ist nicht absolut wasserdicht, aber der Bundesrat hat ein starkes Argument». Was sagt er zur EU-Weigerung, die Schweizer Lesart ausdrücklich zu bestätigen? «Juristisch würde ich dem keine Bedeutung beimessen. Im Streitfall wäre nach objektiven Grundlagen zur Feststellung des Willens der Vertragsparteien zu suchen.» Sei der Vertragstext nicht restlos klar, «können zusätzliche Materialien wie etwa Verhandlungsprotokolle Hinweise liefern».

Letztlich ist für die Beurteilung des Stromabkommens jenseits der juristischen Subtilitäten die gleiche Grundfrage zu stellen wie beim Rest des Vertragspakets: Glaubt man, dass die EU die Schweiz in der Umsetzung des Vertrags anständig behandeln wird? Wer das nicht glaubt, müsste für das Szenario einer Schweizer Ablehnung des Vertrags besonders unanständige Reaktionen aus der EU befürchten.

Accessibilité: en Suisse, il est plus facile de voyager avec un chien qu'en fauteuil roulant

Mobilité réduite Un journaliste en situation de handicap a comparé l'expérience de voyageurs accompagnés de leur animal de compagnie à celle de personnes en fauteuil roulant. Le constat est accablant.

Catherine Cochard

Malick Reinhard aime voyager. Mais il fait régulièrement face à plusieurs difficultés, à commencer par celle de trouver des logements adaptés à son fauteuil roulant. «La plupart du temps, quand j'appelle les hôtels, on me dit qu'il n'y a pas de chambres accessibles, qu'elles ne sont pas disponibles ou qu'elles n'existent pas dans la catégorie désirée, qu'il faudrait que je passe à la catégorie supérieure.»

S'appuyant sur son expérience, le journaliste a mené une enquête sur cette disparité, publiée dans sa newsletter «Couper l'herbe sous les roues». «Sur la plateforme de réservation, un filtre m'a sauté aux yeux: «Animaux acceptés». En un clic, des dizaines d'options. Les fiches détaillaient avec une précision exquise le tarif pour *Rocky* et *Nala*, les services inclus (gamelle et panier fournis), et les zones autorisées. [...] Puis, j'ai cherché le filtre ou la mention équivalente pour l'accessibilité – vous savez, celle pour les personnes handicapées. Une gamelle et un panier en chambre aussi? Non. Rien. Le néant.»

La comparaison a de quoi choquer, c'est précisément son but. En confrontant l'expérience d'un voyageur avec un chien à la sienne, de personne en situation de handicap, Malick Reinhard a voulu dénoncer une triste réalité. «Le parallèle est tellement absurde... Je ne pensais pas trouver des données qui illustrent à ce point la distinction faite entre un client «chien» et un client en fauteuil roulant.»

La manière dont on favorise les voyageurs canins est flagrante, dès le processus de réservation. «Sur l'application mobile des CFF, il n'existe aucun lien direct, aucune option facilement visible, pour accéder, au moment de l'achat du billet, à la réservation d'une assistance, détaille Malick Reinhard. Alors que le billet «chien» saute aux yeux.» Même chose pour les hôtels: les pictogrammes «dogs friendly» pullulent, mais pas les indicateurs clairs d'un établissement accueillant pour les personnes à mobilité réduite.

Malick Reinhard montre aussi que sur cinquante hôtels de luxe démarchés en Suisse, 95% des établissements valorisent et promeuvent l'accueil des animaux de compagnie, souvent avec des ser-



Sur l'application mobile des CFF, il n'existe aucun moyen de réserver une assistance facilement, selon Malick Reinhard (image d'illustration).



Malick Reinhard
Journaliste en situation de handicap et auteur de l'enquête

vices dédiés, alors que seulement 67% mentionnent une accessibilité pour les personnes à mobilité réduite. Pour le Vaudois, la raison de cette disparité est purement économique. Dans notre pays, la «Pet Economy» est un marché qui pèse plus de 650 millions de francs.

Alors que l'accessibilité n'est pas perçue comme une opportunité, mais comme un fardeau. «On n'envisage la personne handicapée que comme un poste de dépenses, une complication logistique, et non mais pas pour son potentiel de développement.»

«Handi-washing»

Cette logique s'étend à l'hôtellerie, où le terme «accessible» relève souvent de ce que Malick Reinhard qualifie de «handi-washing». «On se prétend accessible parce qu'on a mis le minimum en place pour

pouvoir indiquer qu'on a fait le nécessaire. Mais dans les faits, quand j'appelle les établissements et que je leur expose ma situation, les employés au bout du fil savent rarement quoi me répondre.»

La loi sur l'égalité pour les handicapés (LHand), effective depuis le 1^{er} janvier 2004, stipule que les constructions, les installations et les véhicules des transports publics déjà en service devaient être adaptés aux besoins des personnes handicapées au plus tard vingt ans après l'entrée en vigueur de la loi. Mais la LHand ne contraint pas

les prestataires privés à s'adapter. «En Suisse, pays libéral, si un établissement hôtelier ne fait pas le nécessaire, il n'aura pas à subir de conséquences», souligne Malick Reinhard.

Le journaliste pointe du doigt des concepts juridiques flous qui permettent aux entreprises de se défaire de leurs responsabilités. «La loi indique que l'aménagement doit être raisonnable. Ce terme de «raisonnable» laisse beaucoup de place à l'interprétation.» Et à la possibilité de ne pas faire grand-chose pour les personnes en situation de handicap. «On doit constamment tout anticiper», explique Malick Reinhard. Voire, de guerre lasse, renoncer face aux difficultés. «J'ai arrêté d'acheter des billets de spectacles à une boîte de production qui surfacture les réservations téléphoniques, seule option pour les personnes en fauteuil roulant d'obtenir de l'assistance.»

L'exclusion, volontaire ou non, nourrit un cercle vicieux, explique Malick Reinhard. «Comme les personnes handicapées renoncent face aux obstacles et aux discriminations, on ne les voit pas, et par conséquent on pense qu'elles n'existent pas.» Un hôtelier pour-

rait ainsi justifier le manque de rentabilité de sa chambre adaptée en affirmant qu'elle est rarement occupée. Alors que les clients potentiels pour cette chambre ne peuvent tout simplement pas arriver jusqu'à l'établissement, faute d'aménagements.

En guise de conclusion à son enquête, Malick Reinhard précise: «Il ne s'agit pas d'opposer les propriétaires d'animaux aux personnes handicapées. Il s'agit de constater que l'évidence s'est fissurée, au travers d'une délicate ironie. Vingt ans après une loi sur l'égalité, l'autonomie d'une personne dépend encore d'un processus indépendant de sa volonté – appels, délais, vérifications – qui n'a rien à voir avec l'instantanéité offerte au propriétaire de caniches.»

Égalité de traitement

Au niveau politique, l'initiative populaire fédérale «Pour l'égalité des personnes handicapées» (ou «Initiative pour l'inclusion») s'efforce de faire changer les choses. Ceci en inscrivant, dans la Constitution fédérale, une garantie d'égalité non seulement de droit, mais aussi de fait pour les quelque 1,9 million de personnes en situation de handicap dans le pays, selon l'Office fédéral de la statistique (OFS). Portée par une large coalition d'organisations et de citoyens, elle a été formellement déposée après la récolte de signatures nécessaires.

En réponse, le Conseil fédéral a affirmé partager «les visées de l'initiative» mais a recommandé de la rejeter, au motif que les adaptations proposées ne permettraient pas d'améliorer directement le quotidien des personnes concernées. Le contre-projet indirect du gouvernement comprend deux volets: une nouvelle loi – la loi sur l'inclusion (LIn) – et une révision partielle de la loi sur l'assurance invalidité (LAI).

La procédure de consultation s'est achevée le 16 octobre 2025. La Fédération suisse des aveugles et malvoyants (FSA), Pro Infirmis, Agile et l'Union centrale suisse pour le bien des aveugles trouvent le contre-projet insuffisant. Côté partis, Le Centre, le PLR et le PS sont aussi critiques. Quant à l'UDC, il estime que les personnes handicapées sont déjà bien soutenues en Suisse. Le Conseil fédéral a jusqu'au printemps 2026 pour revoir ou non sa copie.

Le mercure au centre de l'attention à Genève

POLLUTION Alors que le cours de l'or atteint des niveaux record, la convention protégeant des effets toxiques du mercure utilisé illégalement pour produire le métal précieux est sous pression. A Genève, une réunion internationale discutera des moyens de freiner son commerce

PAULA DUPRAZ-DOBIAS
(GENEVA SOLUTIONS)

Début octobre, la Communauté andine, un bloc d'Etats sud-américains, jugeait que le Pérou n'avait pas réussi à lutter contre l'exploitation aurifère illégale et le trafic de mercure. Elle donnait ainsi raison à une plainte déposée par des communautés autochtones amazoniennes qui affirmaient être empoisonnées par cette substance toxique. Lima s'est vu accorder un délai de vingt jours pour agir et a reçu l'ordre de réformer ses lois, notamment en mettant fin à un registre qui permettait aux mineurs illégaux d'éviter des poursuites pénales, et en confisquant leurs machines.

Mais le président péruvien – qui n'avait pas fondamentalement intérêt à changer le système en vigueur – a ensuite été destitué. Et le président du Congrès, José Jeri, quant à lui favorable à une législation autorisant l'exploitation minière illégale, a prêté serment. La Communauté andine a averti le Pérou que le non-respect de ses obligations pourrait entraîner le renvoi de l'affaire devant la Cour de justice de la région, avec le risque de sanctions commerciales. Pendant ce temps, les populations autochtones ont bloqué les cours d'eau afin de forcer l'Etat à réagir.



Des femmes traitent de l'or sur un site minier dans la région de Kédougou, au Sénégal, en janvier dernier. (ANNIKA HAMMERSCHLAG/AP PHOTO)

«Le mercure est l'un des produits chimiques les plus inquiétants pour la santé mondiale»

MONIKA STANKIEWICZ, SECRÉTAIRE EXÉCUTIVE DE LA CONVENTION DE MINAMATA

La sixième conférence de haut niveau (ou COP-6) de la Convention de Minamata a lieu actuellement à Genève. Ce traité, l'un des plus récents accords environnementaux, vise à aider ses 153 Etats membres à réduire et à éliminer le mercure et à protéger la santé humaine et l'environnement. Le lieu ne pourrait être plus approprié, la Suisse étant le premier importateur mondial d'or.

Un commerce en plein essor

L'une des priorités de la conférence, qui réunira cette semaine environ 1000 participants, dont des représentants gouvernementaux et des diplomates, est de lutter contre l'utilisation illégale du mercure dans l'exploitation artisanale à petite échelle de l'or à l'échelle mondiale, alors que le commerce de ce métal précieux est en plein essor.

Luis Fernandez, directeur exécutif du Centre pour l'innovation scientifique amazonienne (Cincia),

a aidé les autorités douanières péruviennes à saisir une quantité record de 4 tonnes de mercure illégal au début de l'année. Il met en garde: le mécanisme de surveillance du traité comporte des lacunes au niveau national. «La relation entre Minamata et l'exploitation aurifère artisanale à petite échelle est le maillon faible de la Convention de Minamata», relève-t-il.

Selon l'International Pollutants Elimination Network (IPEN), une alliance de groupes environnementaux et de santé publique, ce secteur, qui emploie entre 10 et 20 millions de personnes dans le monde, représente 20% de la production mondiale d'or et 37% de la pollution mondiale au mercure. Le Pérou, dixième producteur mondial d'or, contribue également de manière importante à l'approvisionnement mondial en métal produit par les petits exploitants miniers.

Alors que les cours de l'or atteignent des niveaux record, frôlant les 4400 dollars l'once à la mi-octobre, soit près du triple de leur valeur il y a 10 ans, le commerce du mercure a également explosé. Cela répond à la demande des mineurs artisanaux et à petite échelle, pour qui ce minéral liquide est le moyen le plus rapide de séparer le métal précieux du minerai.

Mais son utilisation a de graves conséquences sur la santé et l'environnement. «Le mercure est l'un des produits chimiques les plus

inquiétants pour la santé mondiale», estimait Monika Stankiewicz, secrétaire exécutive de la Convention de Minamata, lors d'une conférence de presse à Genève la semaine dernière. Selon l'Organisation mondiale de la santé, le mercure, qui s'accumule dans les organismes, représente une menace particulière pour les bébés dans l'utérus. Il provoque des troubles irréversibles du développement et des troubles neurologiques après la naissance, ainsi que des troubles cognitifs et des lésions organiques chez les adultes.

Exposition chronique

Dans les régions où le mercure est utilisé dans les opérations artisanales d'extraction de l'or, cette substance est brûlée sur les pépites d'or, puis absorbée par les plantes, le sol, les rivières et les poissons. Au début de cette année, le centre de recherche Cincia a découvert que 80% des membres des communautés locales et autochtones du nord de l'Amazonie péruvienne parties prenantes à la plainte déposée devant la Communauté andine ont été «exposés de manière chronique» à ce métal. D'autres études récentes, notamment au Nicaragua et au Kenya, ont révélé des niveaux élevés de mercure chez les femmes en âge de procréer.

Les peuples autochtones qui vivent souvent dans la pauvreté sont généralement les plus vulnérables

à l'exploitation de leurs terres. Cette situation, associée au changement climatique en partie causé par la déforestation due à l'exploitation aurifère, a «de graves implications sur les droits humains fondamentaux», alertait-il y a quelques jours Marcos Orellana, rapporteur spécial des Nations unies sur les substances toxiques et les droits humains. Pourtant, malgré les risques et contrairement à d'autres produits qui utilisent du mercure dans leur fabrication, l'exploitation aurifère à petite échelle à l'aide du mercure continue d'être autorisée. Le traité de Minamata encourage les pays à la réduire ou à y mettre fin, mais sans fixer de date butoir.

Le rôle des importateurs

Pour Monika Stankiewicz, secrétaire exécutive de la Convention de Minamata, criminaliser l'utilisation du mercure dans les petites exploitations limiterait la capacité à travailler avec les mineurs pour trouver des solutions. «Parfois, il s'agit vraiment du moyen de subsistance de gens qui n'auraient aucune autre option pour gagner leur vie», explique-t-elle. La convention a d'ailleurs mis en place des mécanismes pour sensibiliser les communautés concernées aux risques sanitaires et environnementaux et les aider à abandonner son utilisation. Le traité exige également que les pays concernés élaborent et mettent en

œuvre des plans pour réduire son utilisation et son impact.

Le Fonds pour l'environnement mondial, qui finance des plans d'action nationaux visant à aider les mineurs d'or à se passer du mercure, pourrait jouer un rôle plus important, estime Marcos Orellana. Mais le manque de coopération internationale sape les efforts des Etats qui ont interdit le mercure, selon l'expert, qui accuse les Etats importateurs d'or de ne pas assumer leur responsabilité en matière de diligence raisonnable vis-à-vis des raffineries d'or.

Qu'en est-il de la Suisse? Berne applique des «réglementations très strictes» pour l'or provenant de ces petites exploitations et joue un «rôle important» dans la promotion des objectifs de la convention de Minamata, a affirmé Robin Poell, porte-parole de l'Office fédéral de l'environnement, à Geneva Solutions. Notamment grâce à un programme aidant les mineurs à mettre en place des chaînes d'approvisionnement traçables.

La Convention de Minamata a tout de même ouvert la voie à certains progrès. En 2012, un an avant son adoption, 4,4 kilotonnes de mercure d'une valeur de 232 millions de dollars ont été commercialisées dans le monde, contre 1,7 kilotonne pour une valeur d'environ 34 millions de dollars seulement en 2022, selon Yuyun Ismawati, coprésidente de l'IPEN. Une organisation dont la

campagne «Mercury-Free» («sans mercure») a joué un rôle déterminant dans l'adoption du traité de Minamata en 2013.

Cependant, des lacunes subsistent. Notamment dans la traçabilité. Depuis la ratification de la convention, le Mexique, l'Indonésie et la Chine rendent par exemple régulièrement compte des volumes produits par les mines et des permis délivrés. Mais une enquête récente a révélé que les autorités n'avaient pas détecté la plupart des volumes massifs de mercure trafiqués par un groupe criminel mexicain.

«Avec du mercure, on peut devenir mineur en une journée», explique Monika Stankiewicz. Les intermédiaires se rendent parfois auprès des mineurs pour leur offrir du mercure en échange de l'or qui leur sera vendu en exclusivité. Et la dernière ruée vers l'or a stimulé les marchés illicites et fait grimper les prix, en particulier dans les régions reculées.

Avant la conférence de Genève, des groupes de la société civile en Amazonie ont exhorté les Etats à interdire l'utilisation et la vente de mercure à l'échelle mondiale. Mais jusqu'à la semaine dernière, aucun des signataires de la convention n'avait bougé. Et de manière globale, ce texte est «resté inchangé» alors même que «l'exploitation illégale de l'or augmente», regrette Luis Fernandez. ■

Reden über den Klimawandel – bei 30 Grad

Weltklimakonferenz in Brasilien Der UNO-Klimagipfel COP30 findet in Belém statt, einer der ärmsten und heissesten Städte des Landes. Das bringt einige Probleme mit sich – könnte aber auch von Vorteil sein.

Jan Heidtmann, Buenos Aires

Natürlich läuft so einiges schief in Belém. Da sind zum Beispiel die «künstlichen Bäume», diese trichterartigen Metallkonstruktionen auf dem Gelände der nächsten Weltklimakonferenz. Sie führten zu allerhand Aufregung in der Stadt am Rande des Regenwaldes, die immerhin die COP30 beherbergen wird. Man hätte auch echte Bäume pflanzen können. Um der Kritik etwas die Spitze zu nehmen, wurden die Gebilde nun in «hängende Gärten» umbenannt, Pflanzen sollen sie beleben.

Oder aber die Avenida Liberdade, dieser vierspurige Highway, der gerade durch den Regenwald geschlagen wurde. Die Umgehungsstrasse soll helfen, die katastrophale Verkehrslage für rund 2,5 Millionen Menschen in der Region zu verbessern. Vor allem jetzt, da 50'000 Besuchende aus aller Welt erwartet werden. 13 Kilometer Beton, mitten rein in das geschützte Habitat – obwohl schon seit Jahren geplant, heisst das Projekt nur noch COP30-Highway. Ein weiteres böses Omen für die Weltklimakonferenz, die doch helfen soll, den Regenwald zu retten. Und die ganze Welt am besten noch dazu.

Bürgermeister voll Hoffnung

Am Freitag, eine gute Woche vor Beginn der Konferenz, hat sich Bürgermeister Igor Normando noch einmal zu Wort gemeldet. Sein Video auf Youtube wirkt so anders als die vielen Abgesänge auf den Standort Belém. Normando (38) tritt da mit Freundschaftsbändchen und einem grünen Amazonas-T-Shirt auf.

Voller Hoffnung und Enthusiasmus würde «jeder willkommen heissen, unsere Stadt zu besuchen, um über die Zukunft des Planeten zu sprechen». Gerade die Städte, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, müssten dabei einbezogen werden, erklärt er. Belém zum Beispiel, Durchschnittstemperatur 30 Grad im Schatten, könnte in ein paar Jahren zur zweitheissesten Stadt der Welt werden.

Die Ortswahl war von Anfang an ein kalkuliertes Wagnis



Das Zentrum des Hafenparks in Belém ist für die Konferenz umgebaut und renoviert worden. Foto: Eraldo Peres (AP)

des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Eingepfercht zwischen Regenwald und Atlantik und weitab vom Rest des Landes gelegen, hatte Belém seine beste Zeit vor etwas mehr als 100 Jahren durch die Produktion und den Verkauf von Kautschuk. Koloniale Bauten in der Innenstadt zeugen noch heute davon. Ansonsten ist vom Reichtum nicht mehr viel zu sehen. Im Gegenteil.

Belém zählt zu den ärmsten Städten des Landes, in keiner

anderen Hauptstadt der 26 Bundesstaaten Brasiliens leben so viele Menschen in Armenvierteln. Über die Hälfte sollen es sein. Nur wenige Kilometer vom Hafen entfernt liegt «Vila das Barcas», die grösste Siedlung von Pfahlbauten in ganz Lateinamerika. Das sind grob zusammengezimmerter Behausungen ohne Kanalisation.

Bisher kaum Tourismus

Touristen haben sich bislang kaum in die Stadt in Brasiliens

Nordosten verirrt, weshalb die Unterbringung der Konferenzbesucher zum vordergründig grössten Problem dieser Weltklimakonferenz wurde. Wer kein Zimmer finde, müsse eben «unter den Sternen schlafen», merkte Lula da Silva kürzlich an. Wegen der Übernachtungspreise von umgerechnet bis zu 9500 Franken für die Dauer der COP30 berief die UNO im Juni eine Krisensitzung ein. Denn gerade die ärmeren Länder drohten die Kli-

makonferenz zu boykottieren, weil sie sich die Zimmerpreise nicht leisten konnten. Selbst Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte seine Teilnahme im August ab.

Die Regierungen von Belém und des Bundesstaates Pará haben seitdem viel unternommen, um für mehr Angebot zu sorgen. Dazu gehört, dass zwei Kreuzfahrtschiffe mit insgesamt 6000 Betten gechartert wurden. Am 5. November sollen sie

in Belém festmachen. Ausserdem wurden zwei Wochen der Sommerferien auf den November gelegt. Die Hoffnung war, dass Familien mit Kindern dann wegfahren und ihre Zimmer vermieten würden. Das hat offenbar gewirkt, in den vergangenen Tagen sind die Preise für die Unterbringung wieder deutlich gesunken.

«Belém ist so weit»

Auch ansonsten scheint vieles von dem, was sich Belém von der Klimakonferenz verspricht, auf den letzten Metern aufzugehen. Bereits im Juni wurde der Parque da Cidade eröffnet, eine riesige Anlage mit Sportstätten. Der Park wurde zwar mit freundlicher Unterstützung von Vale gebaut, einem Bergbauunternehmen, das für so einige Umweltkatastrophen in der Amazonasregion verantwortlich ist. Aber das ändert offenbar nichts an dem Enthusiasmus, den Bürgermeister Normando bei vielen Bewohnern ausgemacht hat: Endlich schaut mal wieder jemand auf diese Stadt, die einmal die wichtigste der Region war. Normando feiert sie bereits als «Hauptstadt des Amazonas». Das erscheint etwas übertrieben, eher erinnert die Situation in Belém an die Lage in Athen kurz vor den Olympischen Spielen 2004: auch einst eine wichtige Stadt, die sich damals etwas übernommen hatte.

Die knifflige Aufgabe, Belém als geradezu idealen Austragungsort für die 30. Weltklimakonferenz anzupreisen, fiel vor allem dem Sonderbeauftragten André Godinho zu. Seit Monaten reist er durch die Welt, um etwas zu verkaufen, was nur schwer verkäuflich erschien. Auf einer seiner Präsentationen sagte er dabei den schönen Satz: «Belém ist so weit. Nicht etwa, weil die Stadt perfekt ist – sondern, weil sie echt, widerständig und willens ist.»

Das mag wohlfeil klingen, wie ein etwas frecher Marketingtrick, um aus der Not eine Tugend zu machen. Andererseits kann man sich schon die Frage stellen, weshalb ausgerechnet an dem Ort, an dem das grösste Problem der Menschheit verhandelt wird, alles glattlaufen sollte.

Von der Leyen bleibt hart beim Klimaziel 2040

EU vor UNO-Gipfel Länder wie Polen, Ungarn oder Italien wollen den Klimaschutz bremsen. Jetzt ist jedoch ein Kompromiss in Sicht.

Die EU galt bisher als Vorreiterin der Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Kein Kontinent hat die CO₂-Emissionen in den vergangenen drei Jahrzehnten so stark gesenkt wie Europa. Bei UNO-Verhandlungen zum Klimaschutz ging Brüssel deswegen meist mit guten Absichten und ambitionierten Zielen voran.

Mittlerweile sind die USA unter Donald Trump aus dem Pariser Abkommen ausgetreten. China, der weltgrösste Verschmutzer, investiert zwar viel in erneuerbare Energien, enttäuschte zuletzt aber mit schwachen Klimazielen für 2035. Am Weltklimagipfel, der Ende der Woche in Brasilien mit dem Treffen von Staats- und Regierungschefs beginnt, kommt es also mehr denn je auf Europa an.

Doch zehn Jahre nach der historischen Übereinkunft von Paris zweifelt die EU selbst an ihrem Weg. Die Transformation in ein postfossiles Zeitalter sei gut gemeint, aber zu teuer, lautet die vielstimmige Kritik. Sie überfordere Bürger und Industrie und schade der Wettbewerbsfähigkeit, weil der Rest der Welt den Klimaschutz nicht halb so ernst nehme wie Europa.

EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hatte den «Green Deal» 2019 noch zum Leitmotiv ihrer ersten Amtszeit gemacht. Nach dem politischen Temperatursturz bei der Wahl 2024 hat das Projekt in ihrer zweiten Amtszeit das Adjektiv «grün» verloren und ist zum «Clean Industrial Deal» geschrumpft.

Im Vordergrund stehen jetzt andere Prioritäten: die Wettbewerbsfähigkeit, der Abbau von Bürokratie, die Verteidigung, die Kontrolle der Migration.

Um die anhaltende Zwangslage beim Klima- und Umweltschutz mit den ökonomischen und politischen Realitäten zu versöhnen, ist von der Leyen zu vielen Kompromissen bereit. Hart ist die deutsche Christdemokratin bisher aber beim 1Klimaziel für 2040 geblieben: Ein verlässlicher Horizont über eineinhalb Jahrzehnte hinweg sei für die langfristige Entwicklung der Wirtschaft von grösster Bedeutung.

Die EU will bis 2040 den CO₂-Ausstoss gegenüber 1990 um 90 Prozent reduzieren, zehn Jahre später soll sie netto klimaneu-

tral sein. Das Klimaziel für 2040 ist indes kein blosses Versprechen, sondern ein einklagbares Gesetz, das die EU zu dessen Erreichung verpflichtet.

Kommissionspräsidentin macht Zugeständnisse

Vom Ziel 2040 abgeleitet wird das Ziel für 2035. Setzt man einen linearen Reduktionspfad voraus, müsste es mindestens 72,5 Prozent betragen. Weil Staaten wie Tschechien, Polen, Ungarn, die Slowakei oder Italien diesen Wert aber als zu hoch erachten, war eine Einigung bis anhin nicht möglich.

Um das Ziel für 2040 beizubehalten, ist von der Leyen auf die Kritiker zugegangen. Ab 2036 werden zum Beispiel erstmals

wieder CO₂-Kompensationen im Ausland erlaubt sein, die an die Erreichung der eigenen Ziele angerechnet werden. Die Schweiz, zum Vergleich, erlaubt für das Klimaziel 2030, dass ein Drittel der Emissionen im Ausland eingespart wird; bei der EU sind maximal 3 Prozent vorgesehen, und erst ab 2036. Frankreich fordert 5 Prozent, Polen sogar 10 Prozent.

Polen hat auch erreicht, dass das neue Klimagesetz mit einer Revisionsklausel versehen wird. Alle zwei oder alle fünf Jahre, je nach Bereich, soll künftig überprüft werden, ob die EU auf Kurs ist oder Anpassungen an den Massnahmen oder Zielen nötig sind. Frankreich wiederum hat Zusicherungen erwirkt, dass jene Industrie, bei der die Dekarbo-

nisierung besonders schwierig oder teuer ist, stärker unterstützt und vor aussereuropäischer Konkurrenz geschützt werden kann. Zudem hat von der Leyen signalisiert, dass die ab 2027 geplante Ausweitung des CO₂-Emissionshandels auf Gas, Diesel und Benzin flexibler gehandhabt werden kann als geplant.

Heute nun sollen die Umweltminister der 27 EU-Staaten die Klimaziele für 2040 und 2035 formell beschliessen. Dasjenige für 2035 wollen von der Leyen und EU-Rats-Präsident Antonio Costa am Donnerstag als Trophäe nach Belém mitbringen – in letzter Sekunde also, nachdem man zuvor zwei Fristen verpasst hatte.

Dominique Eigenmann, Brüssel



Werden immer öfter von grossen Unternehmen betreut: Kinder in einer Kita.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Grosse Geschäfte mit den Kleinsten

Die Kinderbetreuung liegt zusehends in der Hand von grossen Anbietern. Das hat mit sinkenden Geburtenzahlen zu tun, aber nicht nur.

Stefan Ehrbar

Als die Kinderkrippe Hoppel im Jahr 1997 in Zürich von verzweifelten Eltern gegründet wurde, war die Versorgung mit Kitas noch so prekär, dass sogar die Winterhilfe spendete. Das hat sich geändert: Mittlerweile gibt es viele Kitas und immer weniger Kinder – mit Konsequenzen für den einstigen Pionier. Vor einem Jahr schloss die Krippe ihren Standort in Zürich, den zweiten in Oetwil am See übergibt sie per 1. Januar 2026 den ZFV-Unternehmungen. Das ist kein Einzelfall.

Immer mehr Kitas werden von grossen Ketten geführt. Sie haben in den vergangenen Jahren ausgebaut. Die fünfgrössten betreiben derzeit fast 270 Standorte – etwa dreimal so viele wie noch vor zehn Jahren. Alleine Globegarden hat seit Mitte 2024 etwa 10 neue Ableger eröffnet.

Die Genossenschaft ZFV-Unternehmungen hat ihr Angebot an Kitas innert 10 Jahren verdreifacht, und zwar hauptsächlich durch Übernahmen, wie Alexandra Hochuli sagt, die Co-Geschäftsführerin der ZFV-Kita-Tochter Kimi Krippen. «Der Markt konsolidiert sich», sagt sie. «Viele kleinere Anbieter suchen nach tragfähigen Lösungen, weil der administrative und wirtschaftliche Aufwand in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.» Die ZFV verzeichne immer mehr Anfragen von unabhängigen Kitas, die sich gerne übernehmen lassen würden.

Steigende Kosten betreffen zwar die gesamte Branche, sagt Hochuli. Durch die Grösse könne die ZFV aber gewisse Prozesse zentralisieren und Synergien

nutzen – zum Beispiel in der Administration, in der Personalentwicklung oder im Einkauf. «Das verschafft uns etwas mehr Spielraum, um Qualität und gute Arbeitsbedingungen zu sichern.»

Ähnlich tönt es beim Marktführer Globegarden. Es sei eine positive Entwicklung, dass der Markt «zunehmend professioneller» werde. Hinter vielen Übernahmen stecken allerdings handfeste wirtschaftliche Nöte. Die wirtschaftliche Situation sei «schwierig», heisst es beim Verband Kibesuisse. Sie hänge aber auch vom Versorgungsgrad in der jeweiligen Region ab.

Kitas kämpfen überall mit immer strengeren Auflagen und höheren Betriebs- und Lohnkosten und flüchten sich zum Teil in die Arme von grösseren Betrieben. So übernahm Small Foot per Anfang Jahr zwei Betriebe in Nidwalden. Doch weil das Angebot auf dem Land zum Teil noch immer klein ist und weil die Quote der Kinder steigt, die fremdbetreut werden, stossen Neugründungen dort oft auf eine hohe Nachfrage.

Mehr Kitas für weniger Kinder

Das hilft ihnen, ein anderes Problem abzufedern: Der Nachwuchs fehlt. Im vergangenen Jahr gab es in der Schweiz 421'651 Kinder im Alter von 0 bis 4. Das sind 4 Prozent weniger als noch 2021. Dieser Trend dürfte weitergehen, denn die Geburtenrate sinkt Jahr für Jahr und die Zuwanderung war zuletzt rückläufig. Deutschland zählt dieses Jahr zum ersten Mal seit 20 Jahren weniger Kita-Kinder als im Vorjahr. So weit ist die

Schweiz nicht, doch die Entwicklung zeigt in dieselbe Richtung.

Kitas in den Städten trifft das besonders hart, denn sie können ihre Auslastung kaum mehr verbessern durch einen höheren Anteil von Kindern, die die Kitas besuchen. Dieser ist schon sehr hoch, Potenzial gibt es kaum noch.

Besonders hart ist der Wettbewerb derzeit in der Stadt Zürich. Hier stehen für 1000 Kinder im Vorschulalter 558 Kita-Plätze zur Verfügung. Das tönt nach wenig, doch weil nur wenige Kinder an fünf Tagen in der Woche betreut werden, beträgt die sogenannte Versorgungsquote mittlerweile 97,4 Prozent, ein Allzeitrekord. Die Zeiten, als Eltern sich Sorgen machen mussten, überhaupt einen Platz zu finden, sind hier vorbei. Kitas kämpfen nun um jedes Kind. Zürich ist ein Vorbote: Der Wettbewerb, der hier bereits gnadenlos tobt, könnte auch im Rest der Schweiz Tatsache werden.

Markus Guhn weiss, was das heisst. Er ist Präsident des Ver-

eins «Orte für Kinder», der vor 18 Jahren gegründet wurde. Im Zürcher Kreis 5, wo der Verein eine Kita betreibt, gebe es derzeit 2,5 Plätze pro Kind – ein «gewaltiges Überangebot», wie er sagt. Der Geburtenrückgang werde für viele Kitas gefährlich. «Wer einen schlecht laufenden Betrieb hat, versucht jetzt, einen Käufer zu finden.»

Die Konsolidierung werde anhalten, weil der Markt zuletzt «mit Subventionen aufgebläht wurde», wie Guhn sagt. Der Bund fördert nämlich seit 2003 Kitas im Rahmen einer Anschubfinanzierung während der ersten zwei Jahre. Deshalb seien Kitas an Orten eröffnet worden, an denen es gar keine weiteren brauche. Ende 2026 soll die Förderung auslaufen und durch ein neues Gesetz abgelöst werden. Dann könne es zu einer weiteren Bereinigung kommen, sagt Guhn.

Allerdings seien grosse Trägerschaften nicht per se im Vorteil: «Es gibt Null Skaleneffekte bei pädagogischen Prozessen». Zwar könnten grosse Anbieter

für alle Betriebe WC-Papier oder Windeln einkaufen, doch dieser Effekt sei winzig klein im Verhältnis zu den Gesamtkosten. Der grösste Kostenblock seien die Personalkosten. Laut Zahlen des Verbands Kibesuisse machen sie durchschnittlich 76 Prozent eines Kita-Budgets aus. «Und wer beim Personal spart, senkt automatisch die Betreuungsqualität.»

Den Eltern fehlt wirtschaftliche Sicherheit

Kleine Kitas könnten sogar im Vorteil sein, weil sie keine teure Administration finanzieren müssen. «Als Kita-Leiter bin ich gleichzeitig Personalchef, Account- und Salesmanager, Buchhalter, Einkäufer, Hauswart und betreue unsere Internetseite», sagt Guhn. Das sei günstiger, als alles auf einzelne Stellen aufzuteilen. Bei grossen Ketten hingegen müsse eine einzelne Kita schon einmal 10 Prozent oder mehr des Umsatzes an die Zentrale abliefern.

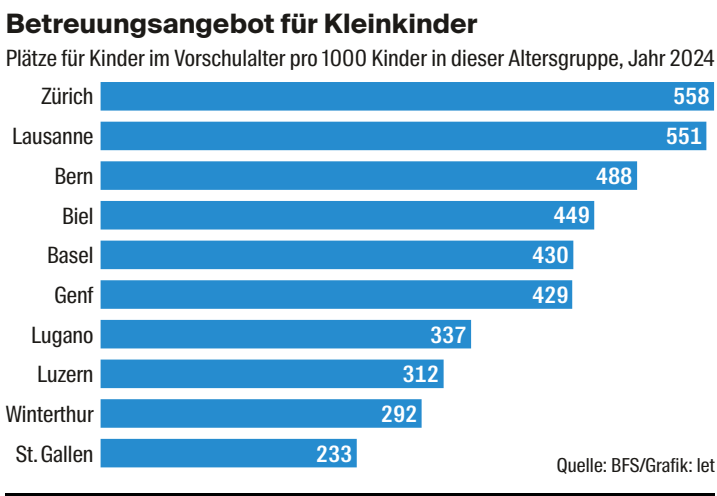
Pascal Schnüriger sieht das ähnlich. Er ist Geschäftsführer der Kita-Gruppe Small Foot. Small Foot sei wie andere mit immer strengeren Vorgaben etwa zur Ausbildung und Weiterbildung des Personals konfrontiert, ohne dass diese Mehrkosten an Eltern weitergegeben werden könnten. Wenn überhaupt, habe seine Firma als grosse Trägerschaft nur einen «ganz geringen Vorteil». Auch Small Foot habe zudem schon Standorte schliessen müssen. Gründe seien neben dem Geburtenrückgang die aktuelle Wirtschaftslage, die fehlende wirtschaftliche und familiäre Sicherheit oder das Fehlen von Anreizsystemen für Familien

und Eltern. Dennoch bleibt der Kita-Markt ein Milliarden-Business. Genaue Zahlen werden nicht erhoben, doch Schätzungen dieser Zeitung zufolge dürften etwa 4 Milliarden Franken jährlich umgesetzt werden. Eine durchschnittlich grosse Kita mit drei bis vier Gruppen setzt etwa eine Million Franken jährlich um, zuletzt gab es hierzulande über 3800 Kitas. Das macht die Branche für Investoren interessant.

Investoren schielen auf die Kita-Firmen

Die Schweizer Firma Globegarden könnte laut einem Bericht der «Finanz und Wirtschaft» an Private-Equity-Firmen verkauft werden. Bei Small Foot sitzt der Basler Investor Andreas Rey im Verwaltungsrat, der in die Übernahme von Spar Schweiz involviert ist und in den FC Basel investiert hat. Das Netzwerk «Pope Poppa» wiederum gehört dem französischen Konzern «La Maison Bleue», der jedes Jahr etwa 300 Millionen Euro Umsatz mit 600 Krippen in ganz Europa schreibt.

Markus Guhn vom Verein «Orte für Kinder» sagt, er sei nicht grundsätzlich dagegen, dass es gewinnorientierte Trägerschaften gebe. Problematisch werde es, wenn nicht mehr die Qualität im Vordergrund stehe, sondern der Gewinn der Investoren. Schlussendlich sei es eine Frage der Philosophie. Er sehe seine Kundschaft, Kinder wie Eltern, jeden Tag in der Kita. «Wenn ich hingegen einen Konzern mit 80 Standorten verwalte, habe ich eine andere Optik. Dann kenne ich meine Kunden und ihre Bedürfnisse nicht mehr persönlich.»



La FM n'a pas dit son dernier mot

Radios Après le National, le Conseil des États devrait aussi accepter de prolonger la technologie de diffusion par ondes jusqu'en 2031. La commission ad hoc se prononce ce jeudi.

Florent Quiquerez

La fin de la FM dérange Albert Rösti comme le sparadrap du capitaine Haddock: impossible de s'en défaire. La diffusion de la radio par ondes devait d'abord s'arrêter fin 2024 pour laisser la place au DAB+. Mais en octobre 2023, l'Office fédéral de la communication, sous la houlette du Bernois, annonçait un premier report à fin 2026, pour offrir à la branche «la flexibilité souhaitée afin de mener à bien le processus de migration de l'analogique vers le numérique». Un délai qui devrait de nouveau être repoussé «au moins jusqu'à fin 2031».

Ce jeudi, la Commission des télécommunications (CTT) du Conseil des États se penche sur une motion déjà largement acceptée par le Conseil national en septembre. Son objectif est clair: «Le Conseil fédéral est chargé de renoncer à la désactivation actuellement prévue de la FM au 31 décembre 2026 et, à la place, de prolonger les concessions FM actuelles ou de lancer un nouvel appel d'offres pour l'attribution des concessions FM à partir du 1^{er} janvier 2027.» Devant la Chambre du peuple, le texte est passé à 124 voix contre 62, soutenu majoritairement par l'UDC, le PLR et le Centre.

Chute de l'audience à la SSR

Et si le texte a toutes les chances de rééditer cet exploit devant la Chambre haute, c'est en raison de l'expérience faite par le service public. La désactivation de la FM par la SSR, fin 2024, a entraîné une perte d'environ 25% de son audience sur les six premiers mois de l'année 2025, selon les données publiées en juillet par Mediapulse. Si le coup est moins brutal en Suisse alémanique, où la SRF a enregistré une baisse de 18%, la Suisse romande et la Suisse italophone sont davantage touchées avec une chute de 23% pour les stations de la RTS et de 27% pour celles de RSI.

Si le service public parle de chiffres «conformes aux attentes», cette disparition de centaines de milliers d'auditeurs a semé l'effroi chez les diffuseurs privés. Dans la foulée de cette annonce, les RRR (radios régionales romandes) ont publié un communiqué de presse alarmant. «Il n'est pas envisageable de fermer les yeux sur la chute d'audience de la RTS. La survie de plusieurs radios régionales dépend directement de la poursuite de la diffusion FM durant quelques années. Au vu de ces résultats, les radios régionales romandes demandent des décisions urgentes, politiques et ad-



Pour écouter les stations de la SSR en voiture depuis fin 2024, il faut disposer d'un appareil DAB+. Le problème, c'est que les véhicules équipés sont encore largement minoritaires en Suisse. Les auditeurs se tournent donc vers les radios régionales ou françaises. Sébastien Anex



«Il s'agit [...] de calquer le passage au DAB+ avec le calendrier européen, afin de ne pas créer une concurrence déloyale entre les radios privées suisses et étrangères.»

Marianne Maret
Présidente de la CTT du
Conseil des États (Le Centre/VS)

ministratives, pour permettre aux radios privées d'émettre en FM au-delà de 2026.»

Le problème dans cette affaire, c'est la voiture. Sans FM, il faut disposer d'un appareil DAB+ pour écouter la radio. S'il ne coûte que quelques dizaines de francs pour l'installer chez soi, c'est tout de suite plus compliqué pour les véhicules, à moins d'avoir une voiture récente. Or, cela a été rappelé lors du débat au National, 1,7 million de voitures ne sont pas équipées de DAB+. Du coup, ces conducteurs qui écoutaient la RTS sont passés en partie chez les radios régionales, mais aussi chez les radios françaises. La crainte est qu'en arrêtant aussi la FM chez les RRR, l'audience parte encore plus en France. L'idée est donc de la prolonger le temps que le parc automobile change.

Conseil des États préoccupé

Autant d'arguments qui font mouche au sein du Conseil des États. Afin que les membres de la CTT puissent se forger leur opinion, la présidente de la commission, Marianne Maret (Le Centre/VS), a organisé différentes auditions d'acteurs directement concernés par la fin de la FM. Mais à quelques jours de cette séance, jeudi, son sentiment est que les avis sont déjà bien arrêtés. «Les radios privées sont des

acteurs médiatiques importants dans les différents cantons. Et leurs arguments portent dans une Chambre comme la nôtre, qui est celle des cantons.»

Selon la Valaisanne, il ne faudrait toutefois pas voir une adoption de la motion comme une façon de s'opposer à une nouvelle technologie. «Il s'agit plutôt de calquer le passage au DAB+ avec le calendrier européen, afin de ne pas créer une concurrence déloyale entre les radios privées suisses et étrangères, explique Marianne Maret. Ne pas risquer de leur faire perdre des auditeurs – et donc des revenus publicitaires – alors qu'elles sont déjà en difficulté est un argument qui porte au sein de la CTT.»

D'autant plus que cette même commission a déjà largement accepté un projet qui prévoit que la quote-part de la redevance revenant aux radios locales et télévision soit augmentée. Elle passerait de 4 à 6% aujourd'hui à un maximum de 6 à 8% à l'avenir. La décision doit encore être acceptée par le plénum.

Une infrastructure obsolète?

Si la fin de la FM a toutes les chances d'être une fois de plus repoussée, il reste des voix à Berne pour tenir le calendrier actuel. Devant le National, c'était le cas d'une majorité des élus du PS, des Verts et des Vert'libéraux. De-

vant le Conseil des États, toutefois, il est bien possible que cette approche ne soit plus défendue que par Albert Rösti.

Dans leur réponse à la motion, ses services rappellent que c'est la branche de la radio elle-même qui est à l'origine de l'initiative visant à cesser la diffusion de la FM. «Il y a plus de dix ans, les radios privées ont convenu d'un plan de migration avec la SSR et décidé de l'abandon de la FM au plus tard fin 2024. La Confédération a activement soutenu cette décision, sur les plans législatif et financier, mettant à disposition près de 84 millions de francs pour la promotion de la nouvelle technologie.»

Ils rappellent aussi que le numérique est une réalité. «Plus de 90% de la population écoutent la radio en DAB+ ou sur internet.» Ils soulignent qu'après l'abandon de la FM par la SSR, de nombreuses voitures ont été équipées. «Les radios privées peuvent en profiter, leur perte d'audience devrait être moins importante que celle de la SSR.» Enfin, selon l'Ofcom, une nouvelle attribution de fréquences FM nécessiterait «des investissements considérables dans une infrastructure obsolète». Ce report serait aussi problématique vis-à-vis des radios numériques, qui ont investi dans l'optique de l'arrêt de la FM.